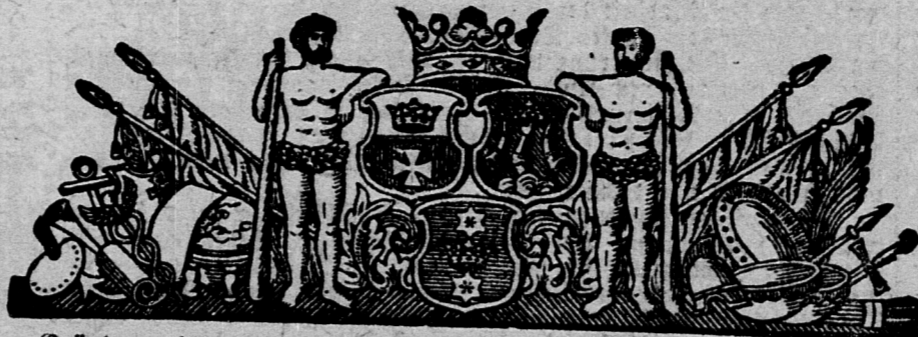


# Königsberger Hartung'sche Zeitung.

Die Königsberger Hartung'sche Zeitung erscheint täglich zweimal, wöchentlich zwölfmal. Bezugspreis: Für Königsberg vierteljährlich 5,25 Mk., frei Haus 5,70 Mk.; monatlich 1,75 Mk., frei Haus 1,90 Mk. — Bei der Post: Vierteljährlich 6 Mk., monatlich 2 Mk. (ohne Bestellgeld).  
 Feldpostbezug täglich unter Kreuzband: monatlich 2,50 Mk., vierteljährlich 7,50 Mk.  
 Fernsprecher: Schriftleitung 1011, Geschäftsstelle 36, Buchdruckerei 3307, Hauptschriftleitung und Verlag 5.



Gründungsjahr der Hartung'schen Druckerei (wellaud Rechner) 1640.

Anzeigen werden in der Geschäftsstelle Münchenhofstraße 2 und bei allen Anzeigenvermittlungen hier und auswärts entgegen genommen. Preis für die einseitige Kleinzeile oder deren Raum 50 Pfg., für Aufträge außerhalb Ostpreußens 60 Pfg. (Arbeitsmarkt und Wohnungsanzeiger 40 Pfg.) Vorzugsanzeigen 2,00 Mk. Belegblätter und Einzelblätter 10 Pfg.  
 Postfach-Nummer: 141, Königsberg.  
 Berliner Schriftleitung: Berlin, W. 57, An der Apostelstraße 7. (Lügow 6202/3.)

## Die Ziele der preußischen Regierung.

Zum ostpreußischen deutschen Sonntag. — Vom ungarischen Bolschewismus. — Lebensmittelforderungen unterwegs? Kein englischer Eisenbahntreik. — Unruhen in Witten-Rannen. — Theaterbrand in Gleiwitz: 70 Kinder tot.

### Ostpreußens Kundgebung.

Der Hauptauschuss für den ostdeutschen Heimatdienst in Königsberg hatte gestern Vertreter der Parteien, Vertreter der in der Heimatfrage besonders tätigen Vereinigungen, Vertreter der Presse, Vertreter der Stadt usw. zu einer Besprechung eingeladen, in der beraten wurde, in welcher Weise die für Sonntag, den 30. März, anberaumte große ostpreußische Kundgebung gegen eine Abtrennung unserer Heimat vom Reich am wirkungsvollsten zu gestalten sei.  
 Vom Institut für ostdeutsche Wirtschaft leitete Dr. Müller die Besprechung ein, mit kurzen Erörterungen über die politische Lage. Er teilte mit, daß die derzeitige Regierung auf keinen Fall zulassen werde, daß irgendwelche Abtretungen des ostdeutschen Gebietes von Westpreußen oder Schlesiens zum Gegenstand von Friedensverhandlungen gemacht werden. Eine Abtretung ostpreußischen Gebietes würde vollends außerhalb jeglicher Erörterung. Zwar König der Widerstand zunächst nur eine Reichserhaltung sein, doch werde nach den bisherigen Erfahrungen eine einmütige Kundgebung der Bevölkerung nicht ohne Einbruch auf die Feinde bleiben. Deshalb sollen an diesem Sonntag in allen Orten Ostpreußens der Bevölkerung Gelegenheiten veranlaßt werden, ihre Stellungnahme zu äußern, sobald auf diese Weise schließlich doch eine Art Referendum oder Volksabstimmung zustandekommt. Daß diese Volksabstimmung eine einfach erdrückende Mehrheit für die Erhaltung des Anschlusses an das Reich ergeben wird, ist außer Zweifel. Die Bezirksräte der Kundgebung werden sich daher hiermit an alle bestehenden Verbände, Vereine und Körperschaften, um die Anschlußwillingen restlos für die Volksabstimmung zu erklären. Zum Zweck des genaueren Nachweises des Volkswillens werden neben den Versammlungen auch Listenanfragen erfolgen.  
 In Königsberg soll eine große öffentliche Kundgebung um 1/2 12 Uhr auf dem Paradeplatz und in den anschließenden Straßen stattfinden, da damit gerechnet wird, daß der Platz allein zur Aufnahme der Menge nicht reichen wird. Zwanzig Redner werden von Tribünen, zum Teil auch von Ballonen aus, Ansprachen halten. Die Kundgebung soll bei jedem Wetter stattfinden. Länger als zehn Minuten sollen die Ansprachen nicht dauern. Die Namen der Redner, die Plätze, von denen aus sie sprechen, und die Stellen, wo die Listen anliegen, werden bekanntgegeben. Den Beginn der Kundgebung werden die Glocken läuten, ebenso nach der Beendigung der Kundgebung. Die Entschliebung, die gefestigt wird, soll durch Festspruch der Reichsregierung, der preußischen Regierung, der Waffenstillstandskommission in Spa, der Kommission in Posen, dem Präsidenten Wilson und den Regierungen der Alliierten übermittelt werden.  
 Niemand in unserer Stadt wird an dem Tage teilnahmslos beiseite stehen, niemand in Ostpreußen wird sich vom Velenismus zum Deutschtum anschließen! Wir wollen deutsch und frei und treu bei Deutschland bleiben!

### Kein deutsches Land den Polen!

Kampf und Abwehr bis zum äußersten.  
 W.B. Berlin, 25. März. Hunderte Entschliebungen, Protestkundgebungen, Hilferufe und Willensäußerungen zu Kampf und Abwehr bis zum äußersten laufen seit Tagen bei der Waffenstillstandskommission und Reichsregierung ein. In allen großen und kleinen Städten, Gemeinden und Bezirken der Ostprovinzen stehen alle Parteien, Berufsstände, Konfessionen, Magistrate, Kreisräte, Gemeinderäte, Arbeiter, Soldaten, und Volksräte, Freiwilligenverbände, alle Berufs- und wirtschaftlichen Organisationen, Frauenvereine, höhere und Volksschulen zusammen in der einen Forderung: Wir wollen deutsch bleiben. Besonders hervorzuheben ist die große Zahl der Kundgebungen der sozialdemokratischen Parteiorganisationen und Gewerkschaften, der evangelischen und katholischen Frauenverbände und die gemeinsamen Entschliebungen aller politischen Parteien. Der ganze deutsche Osten hat nur den Willen und nur das Verlangen: der deutsche Osten muß bei Deutschland bleiben. Wir fordern Recht und Gerechtigkeit! Immer mehr kommt dabei in den Entschliebungen der feste Wille zum Ausdruck: Mit Gut und Blut wollen wir unser deutsches Land verteidigen. Nur als Trümmerhaufen soll es in die Hand der Polen fallen. Keine Unterzeichnung eines Friedensvertrages, in dem auch nur ein Fußbreit deutschen Bodens im Osten den Polen ausgeliefert wird. Westpreußen ist deutsch, auch von deutschen Rittern zur Blüte erhoben worden. Unter polnischer Herrschaft verwahrloht, ist es im Innern doch deutsch geblieben, und seit 150 Jahren wieder eine Stätte deutscher Arbeit und Kulturerfolge. Der weit über-

wiegende Teil der Bevölkerung ist deutsch. In deutscher Hand liegen fast alle wirtschaftlichen und Kulturgüter. Zahlenmäßige und wirtschaftliche Minderheiten strecken die Hände nach einem Lande aus, das nach dem Willen der Einwohner deutsch bleiben soll. In historischer, völkischer und wirtschaftlicher Hinsicht steht das Recht auf deutscher Seite. Wir fordern Gerechtigkeit. Diese kann nur lauten: West- und Ostpreußen bleiben deutsch!

W.B. Dirschau, 25. März. Die hiesigen städtischen Körperschaften haben folgendes Protesttelegramm an die Reichsregierung, Nationalversammlung und Waffenstillstandskommission abgefaßt:  
 Mit dem gesamten Deutschtum der Ostmarken, mit allen politischen deutschen Parteien, die noch nie in einer Frage so einig waren, fordern wir aus tiefster Not: Wir wollen deutsch bleiben, wie unsere Eltern deutsch gewesen sind. Alle Teile der Provinz Westpreußen sind auch wie dieser unzweifelhaft überwiegend deutsch nach Zahl, Sprache, Situerkraft und Grundbesitz der Bewohner. Wilsons Wortlaut von der Selbstbestimmung der Völker soll ein Recht aller freien Völker sein, das auch wir für uns heischen. Es uns zu versagen, heißt menschliches und sittliches Recht brechen. Wir wollen von Deutschland nicht lassen. Deutschland, schütze deine Ostmark! Der Magistrat. Die Stadtverordnetenversammlung.

#### Das Domkapitel von Ermland im Heimatdienst.

Dem Zentralauschuss des Ostpreußischen Heimatdienstes ging nachstehendes Schreiben zu:  
 Um nach seinen Kräften die Ueberzeugung von der Notwendigkeit des Heimatdienstes in der Bevölkerung der Provinz Ostpreußen zu stärken und zu wirksamer Opferwilligkeit für diesen Heimatdienst anzuknüpfen, tritt das Domkapitel von Ermland in seiner Gesamtheit dem Heimatdienst als Mitglied bei. Die Bewohner der Provinz sind für den Schutz ihrer Heimat zunächst auf sich angewiesen, sie werden aber der äußeren Feinde und der veranzelteten verheerenden Elemente im Innern Herr werden und Ruhe und Frieden ihrer Heimat sichern, wenn sie alle vereint ihre Pflicht tun. Ohne diese innere Ruhe und Sicherheit ist aber an ein langames Aufstehen aus den Ruinen der letzten fünf Jahre nicht zu denken. Darum möge jeder das Seinige tun, um Ostpreußen nach innen und außen zu sichern.

Das Domkapitel von Ermland.  
 gez.: Sanber, Dompropst."

Die Zentrumspartei der preussischen Landesversammlung hat an die Waffenstillstandskommission und die Staatsregierung folgende Kundgebung gerichtet:

Wir widersprechen einmütig jeder Abtretung von Gebieten der östlichen Provinzen, die als brutale Vergewaltigung empfunden wird und einem wirklichen Völkervertrieb in Europa dauernd entgegensteht würde. Gerade das Zentrum, das immer für Gerechtigkeit gegenüber den nationalen Minderheiten eingetreten ist und eintreten wird, ist berufen und verpflichtet, diesen Standpunkt namens seiner großen Wählermassen zu vertreten. Dieser Standpunkt entspricht auch ganz den vom Feinde angenommenen vierzehn Punkten, die Wilson in seiner Ansprache an den Kongress vom 8. Januar 1918 aufgestellt hat, und wir verlangen daher, daß er mit aller Kraft vertreten wird.

ln. Graudenz, 24. März. Das Generalkommando des 17. A.-R. hat die 35. Infanterie-Division, der der Grenz- und Heimatdienst obliegt, ausdrücklich zur Erklärung ermächtigt, daß an den maßgebenden Stellen von „einem Beschluß, die Provinz Westpreußen anzugeben“, nicht das geringste bekannt ist. Die Erklärungen der Thörner und Graudenz Garnisonen, ihre Festungen auf alle Fälle halten zu wollen, beantwortete der Subalternrat der 35. Infanterie-Division damit, daß die Division, gestützt auf diese mächtigen Pfeiler, nunmehr unbedingt in der Lage sein wird, das offene Land der unvertehrten Heimatprovinz Graudenz, mit der Aufforderung, ein Courbier und ein Pferd zugleich zu sein, hat einen starken Widerhall in allen deutschen Kreisen Graudenz, beim Militär wie bei der Zivilbevölkerung, gefunden. Frauen rufen die Männer zum Kampf um die heimliche Scholle, zum Schutz für sie und ihre Kinder auf.

#### Der Rhein Deutschlands Grenze?

an. Weimar, 25. März. In Landau hat der französische General Gerard öffentlich mitgeteilt, daß es nunmehr beschlossene Sache sei, daß das linke Rheinufer die Grenze Deutschlands bilden werde. Die Bevölkerung und die Behörden haben sich nunmehr zu äußern, wie sie sich die zukünftige Gestaltung der Pfalz unter den genannten Bedingungen denken. Die Reichsregierung ist überzeugt, daß es sich bei den Neuierungen des Generals lediglich darum handelt, Material zu erhalten, das Frankreich dann zur Unterstützung seiner Aspirationen den Engländern und Amerikanern gegenüber in Paris benutzen will.

W.B. Berlin, 25. März. Der schweizerische Bundespräsident Ador beantwortete ein Schreiben des Reichspräsidenten Eckert, worin dieser ihm seine Wahl und seinen Amtsantritt angezeigt hatte, mit einem warm gehaltenen Handschreiben. Damit erkannte die Schweiz als erster auswärtiger Staat die neue deutsche Reichsregierung förmlich an.

#### Der Staatshaushaltsetat.

W.B. Berlin, 25. März. Der Staatshaushaltplan sieht mit 9,6 Milliarden Mark ab. Die Schlussumme erhöht sich gegen das Vorjahr im Einnahme und Ausgabe um 3,09 Milliarden Mark. Zur Deckung des Gleichgewichts sind 766,15 Millionen Mark als außerordentliche Einnahme eingestellt, die im Wege der: Anleihe zu beschaffen sind. Sie deckt sich mit dem im Haushalt der Eisenbahnverwaltung enthaltenen Fehlbetrag, der sich ergibt, nachdem bereits aus einer neuen Erhöhung der Personen- und Gütertarif: eine Mehreinnahme von 1436 Millionen Mark eingestellt worden ist.

#### Handwerks- und Mittelstandsfragen.

(Eigene Drabting der „Hartung'schen Zeitung“)

an. Weimar, 25. März. Unter den vielen Problemen, die uns heute am Herzen liegen und die zu den Grundfragen unseres wirtschaftlichen Wiederaufbaues gehören, bieten die Mittelstandsfragen im besonderen die Sachen des Handwerks und der Kleinbetriebe eine der vornehmsten und wichtigsten Aufgaben. Es war daher ganz natürlich, daß gleich zu Beginn der neuen Tagung der Nationalversammlung die Interpellationen der vereinigten demokratischen und Zentrumspartei, sowie der Deutschen nationalen, die dieselbe Frage behandelten, auf die Tagesordnung gesetzt wurden. Schon vor dem Kriege war im Reichstag der Klage über den Zustand des Handwerks, der Kleinbetriebe, kurz des gewerblichen Mittelstands dauernd Gegenstand von Beratungen. Regierung und Volkvertretung haben durch gesetzliche Maßnahmen und Subsidienversuchen alles Mögliche versucht, um den Niedergang aufzuhalten. Ob man dabei die richtigen Mittel und Wege fand, mag heute dahingestellt bleiben. Der Krieg hat alle diese Versuche, von denen das Statistische Bureau eingangs, über den Haufen geworfen und auf der Trümmerstätte der unglücklichen fünf Jahre ist auch der gewerbliche Mittelstand zum größten Teil verarmt und auf der Strecke geblieben. Er konnte sich nicht an den krisenbedingten Unternehmungen im großen Stil beteiligen. Er konnte die Kriegsgewinne nicht mitmachen; denn die Männer, die Träger der Betriebe, standen zum größten Teil im Felde und haben nach ihrer Wiederkehr häufig die bis zur Unertüchtigkeit gestiegenen wirtschaftlichen Verhältnisse vorgefunden. Der Zusammenbruch des gesamten Wirtschaftslebens macht den schon an und für sich wirtschaftlich schwachen Existenz der Wiederaufbau sehr unmöglich. Da der Staat aber das lebhafteste Interesse an dem gesunden Mittelstand hat, am blühenden Handwerk, an gewerblichen Klein- und Mittelbetrieben, da gerade hier auch der besten und kräftigsten Wurzeln unserer Volkvertretung liegen, so ist es Pflicht und Schuldigkeit der Regierung und der gewählten Volkvertretung, dafür zu sorgen, diesen Schuldbios in Not geratenen Existenzen den Wiederaufbau ihrer Firmen im allgemeinen Interesse zu ermöglichen und daß ihnen gerade gegenüber den gewachsenen Großbetrieben eine entsprechende wirtschaftliche Vertretung gesichert wird.

Daß der Abgeordnete Wehlich, der die Interpellation der Deutschen Konventionen begründete, an den Anfang seiner Rede eine agitatorische Polemik setzen zu müssen glaubte, konnte den Eindruck seiner Rede nicht erhöhen, umso weniger, als man nur zu gut weiß, daß gerade die Deutschen nationalen mit ihrem Interesse bei der Grobindustrie mehr als bei dem Kleingewerbe lagen. Auch die Wortführer gegen die Regierung, daß sie durch Sozialisierungs-Experimente die selbstständigen Betriebe zertrümmern wollte, sind ebenso unklar wie falsch, da der Redner sehr genau weiß, daß von einer Sozialisierung von Mittel- und Kleinbetrieben schon aus Gründen der Unrentabilität bei der Ueberführung in den Staatsbetrieb gar nicht die Rede sein kann. Die Interpellationen der Demokraten und des Zentrums begründete der Abgeordnete Erl (Zentrum), der als Fachmann in diesen Fragen seit Jahren bekannt ist. Er hat Gewerbe durch den Krieg und die Revolution gelommen sein, und wünschte auch seinerseits, daß alle Sozialisierungs-Experimente auf diesem Gebiete auf das schärfste zurückgewiesen würden. Daß er auch auf die Mikrowirtschaft der Kriegsgewinnler zu sprechen kam und durch zahlreiche Beispiele, zu welcher unglücklichen Zustände es durch diese bürokratische Anstaltungen gekommen sei, brachte ihm zahlreiche und lebhafteste Zustimmung. Auf jeden Fall gelang es ihm, die Aufmerksamkeit der Anwesenden auf die Interpellation zu lenken, die er in der Tat zur Stunde noch wenig zu hören ist. „Wer so viel gestört ist, wie das deutsche Volk, taumelt erst, ehe er wieder voll zu sich kommt“, sagte der Minister. Und er hat darin recht. Es vor hat, nicht viel großzügige Arbeit zu leisten, denn es fehlt an allen Rohstoffen und die Konjunktur läßt auch eine größere Auftragserteilung zurzeit von privater Seite nicht erwarten. Auf jeden Fall verspricht der Minister, dafür zu sorgen, daß durch schleunige Erteilung von Staatsaufträgen dem Handwerk nach Möglichkeit über den toten Punkt hinweggeholfen werden soll. Der Minister entwickelte einen großzügigen Plan, der zurzeit erwogen wird und dahin geht, mit einem Fonds von mehreren Milliarden Aufträge in großem Stil zu erteilen und zwar zum Avede der Deckung des Privatbedarfs. Er fügte aber gleich hinzu, daß bei der außerordentlich gespannten finanziellen Lage des Reiches der Plan an Umfang verkleinert würde. Die Besprechung der Interpellationen wurde durch eine Rede des Sozialdemokraten Brühne eingeleitet, der in das gleiche alte Klagebuch vom Niedergang

Ostpreußen! Rißet zur deutschen Volkskundgebung am Sonntag! Haltet fest am Reich!